

Königreichs ausbauen zu wollen. Bis 1918 diente das Kronprinzenpalais als Wohnsitz der württembergischen Kronprinzen und Thronfolger, nach der Novemberrevolution 1918 wurde es als Sitz der Handelshof AG zum Veranstaltungsort von Edelmessen und fand dann Nutzung als Dependence der Staatsgalerie.

Im 2. Weltkrieg bis auf die Außenmauern ausgebrannt, wurde die Ruine des Kronprinzenpalais nach Jahrzehntelangen heftigen Diskussionen vor allem im Hinblick auf eine moderne Verkehrsführung (Planie-durchbruch) abgerissen. Dadurch wurde dem Stuttgarter Schlossplatz, aber auch dem gesamten Stadtbild, eine unübersehbare Wunde zugefügt. Auch mehr als 50 Jahre nach seinem finalen Untergang ist das Kronprinzenpalais im kollektiven Gedächtnis Stuttgarts immer noch als Symbol für die eigentlich sinnlose Vernichtung eines wertvollen Baudenkmals präsent, weshalb die Schilderung der Debatten um Erhalt oder Abbruch in den Ausführungen breiten Raum einnimmt – und Eingang in den dreigegliederten Untertitel gefunden hat.

Der Verfasser schildert anhand zahlreicher, bislang meist unpublizierter Bild- und Schriftquellen die Bau- und wechselvolle Nutzungsgeschichte des im Übergang zwischen Klassizismus und Historismus entstandenen Baus. Dank Plänen und historischer Raumansichten (darunter vielen bislang unbekannt, qualitativ voll wiedergegebenen Photographien) ermöglicht das Buch einen Rundgang durch das Gebäude und zeichnet im Verein mit dem Text ein differenziertes Bild vom Kronprinzenpalais und seiner reichen Innenausstattung im Wechsel der Jahrzehnte seiner Nutzung.

Die Beschreibung der Räume gliedert sich jeweils in die Planungs- und Baugeschichte, die Raumbeschreibung, die Beschreibung des Mobiliars sowie eine abschließende ‚Würdigung‘.

Den Ansprüchen – und dem Interesse – einer breiten, historisch interessierten Leserschaft dürfte damit Genüge getan sein. Geradezu bedauerlich aber ist es, dass das Buch, das sich nicht zuletzt aufgrund der

zusammengestellten Archivalien inhaltlich durchaus an die Fachwelt als Leserschaft richtet, layouttechnisch eher als Mißgriff zu bezeichnen ist: Es folgt dem modischen (?) Trend einer Marginalspalte – deren Vorteile Abbildungen betreffend nicht von der Hand zu weisen sein mögen. Wenn allerdings durchaus kurze Anmerkungen in diese Spalte ‚verfrachtet‘ werden, sodass sie der interessierte Leser erst auf den folgenden Seiten aufzuspüren vermag, verursacht dies einen Zeit- und Verständnisverzug, der nur als verdrießlich bezeichnet werden kann. Fast erinnert es an Zeiten, in denen Anmerkungen höchst leserunfreundlich an das Ende von Kapiteln oder sogar des gesamten Buches verbannt wurden. Auch eine breitere Leserschaft sollte nicht für derartig desinteressiert eingeschätzt werden, dass ihr die Lektüre der Anmerkungen derart erschwert wird!

Dies sind jedoch eher Quisquilien gegenüber der hier nur ansatzweise vorgetragenen Kritik an den Ergebnissen zu ‚Form und Stil‘ des Palais (S. 205 ff.). Angesichts der dreigeschossigen Anlage mit ihrer horizontal ausgerichteten symmetrischen Proportionierung sicher richtig, aber losgelöst von jeglicher mit ihr verbundenen kunsthistorischen Fachdiskussion nennt Bidlingmaier Vorbilder der Renaissance wie z. B. den Palazzo della Cancelleria bzw. den Palazzo Torlonia (sog. Kleine Cancelleria) in Rom. Dabei scheint er die entsprechenden Hinweise lediglich Vorlagenwerken, also sekundären Quellen wie Charles Percier und Pierre Fontaine, Palais, maisons et autres édifices modernes à Rome (Paris 1798) entnommen zu haben. Nachvollziehbar ist die Gegenüberstellung mit einem von Leo von Klenze 1828 bis 1831 für Herzog Max in Bayern (einen Vetter von König Ludwig I., Vater der österreichischen Kaiserin Elisabeth/ ‚Sisi‘) auf der Westseite der Ludwigstraße in München errichteten Palais (‚Herzog-Max-Palais‘), vergleichbar besonders der Mittelrisalith (den Gaab noch weiter gliedert) mit dem jeweils auf vier Postamenten mit Säulen ruhenden Altan. Man vermisst hier den Hinweis, dass der ehemalige Prachtbau 1937/38 auf Betreiben der damaligen

Machthaber abgerissen worden ist. Naheliegender ist aber auch der Vergleich mit dem ehemaligen Kronprinzenpalais, nachmaligem Außen- und Staatsministerium (Abb. S. 11), übereinstimmend hier die horizontal orientierte Dreizonigkeit, diesmal allerdings mit Balkon in der Beletage und ohne Mittelrisalith.

In jedem Fall bietet das Buch, unabhängig von den angerissenen Kritikpunkten, einen anschaulichen Einblick in die Stuttgarter Architekturgeschichte, seine Lektüre ist für alle an Stadt- und Landesgeschichte Interessierten lohnenswert.

Jutta Ronke

Wege in ein neues Leben: die Nachkriegszeit

Hrsg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Verbindung mit der Stadt Stuttgart. (Stuttgarter Symposion, Band 17). Verlag regionalkultur Ubstadt-Weiher 2017. 216 Seiten. Gebunden € 14,90.

ISBN 978-3-89735-999-4

Eine Periodisierung der Nachkriegszeit fällt keineswegs ganz einfach. Für Aachen begann die Nachkriegszeit bereits mit der Besetzung durch die Alliierten im Oktober 1944, für den Südwesten dagegen erst im April 1945. Gleichwohl markiert im allgemeinen die Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 den Beginn der Nachkriegszeit, doch wie lange dauerte diese an, so eine zentrale Frage von Thomas Schnabel in der Einführung des vorliegenden Sammelbandes (S. 9–18). Bspw. könnten die Deutschlandverträge und der zumindest teilweise Wiedergewinn der staatlichen Souveränität durch die Bundesrepublik 1955 genauso das Ende der Nachkriegszeit markieren, wie der Rücktritt Konrad Adenauers 1963 als Bundeskanzler oder die Wahl Willy Brandts 1969 zum Bundeskanzler. Der vorliegende Band 1 konzentriert sich im Hinblick auf Südwestdeutschland vor allem auf die Jahre bis 1949 bzw. 1952 mit der Gründung der Bundesrepublik und des Landes Baden-Württemberg als Einschnitt. Gerade durch die Entstehung des Südweststaates war 1952 nunmehr

die ja letztlich widernatürliche Unterteilung in die drei Nachkriegsländer Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden entlang der A8 entfallen. Wie Schnabel anschaulich zeigt, waren die Erfahrungen der Menschen in dieser Zeit vor allen Dingen durch die Sorge um das tägliche Überleben geprägt. Gleichwohl wurden jedoch auch bereits in diesem ersten Nachkriegsjahr wichtige Schritte auf dem Weg zur Etablierung einer parlamentarischen Demokratie geleistet. Was jedoch noch fehlte, war die langfristige Einübung demokratischer Normen und Werte. Bemerkenswert ist freilich, dass in der Geschichte Südwestdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg eine Reihe von Persönlichkeiten, die sowohl in der Weimarer Republik als auch im Dritten Reich politisch aktiv waren, eine durchaus führende Rolle spielten. Dies galt zwar nicht für die Gau- und Kreisleiter der NS-Zeit – jedoch gab es gerade bei den Funktionseliten ein hohes Maß an personeller Kontinuität. Zu diesen gehörte bspw. der Wangener Brauereibesitzer Oskar Farny, der bereits in den 1920er-Jahren in der Milchwirtschaft eine bedeutende Rolle gespielt und sich politisch in der Zentrumsparterie engagiert hatte. 1933 war Farny politisch «anpassungsfähig» genug, als Hospitant in die NSDAP-Reichstagsfraktion einzutreten und dem, freilich vollständig gleichgeschalteten Parlament bis 1945 anzugehören. Während anfänglich ein neuerliches Engagement Farnys in Zentrums- bzw. CDU-Kreisen in Wangen auf Widerstand stieß, hatte Farny gleichwohl die Möglichkeit, sich schon bald wieder an führender Stelle zu betätigen, sei es im milchwirtschaftlichen Verbandswesen sowie schließlich als Bundestagsabgeordneter und Bundesratsminister des Landes Baden-Württemberg. Der Lebensweg Farnys vor und nach 1945 wird im vorliegenden Band durch Robert Schmidtchen untersucht (S. 63–76).

Allgemein wird die Einführung der Deutschen Mark als Startschuss für das Wirtschaftswunder angesehen. Tatsächlich gingen mit der Einführung der DM soziale Härten einher, die sich in Stuttgart in einem Tumult in der Unteren Königsstraße

im Gefolge an eine Gewerkschaftskundgebung am 28. Oktober 1948 entluden. Das Ziel des Beitrages von Roland Müller ist es, die Ursachen dieses Tumultes zu erhellen und in die soziale Entwicklung der Nachkriegszeit einzuordnen (S. 121–147). Die Einführung der DM bedeutete für viele kleine Sparer ohnehin bereits eine regelrechte Katastrophe. Jeder Bürger erhielt nun gerade einmal 40 und später noch einmal 20 DM. Sparguthaben wurden im Verhältnis 100 Mark gleich 6,50 DM abgewertet. Sparer wurden somit um ihren Ertrag gebracht, während gleichzeitig Besitzer von Sachwerten profitierten. Auch kam es mit der Einführung der DM zur Aufhebung des Preisstops, gleichzeitig blieb jedoch der Lohnstop (bereits 1938 von den Nationalsozialisten verhängt) weiterhin bestehen. Am Beispiel der Kirchen zeigt Müller, was dies bedeutete: Es fehlte jetzt an Mitteln zum Aufbau kirchlicher Heime wie auch für die karitative Tätigkeit. Doch bereits vor der Einführung der DM war die wirtschaftliche und soziale Lage in Stuttgart angespannt. Wiederholt war es zu Streiks gekommen und die Gewerkschaften wollten auf die katastrophale Versorgungslage aufmerksam machen. Gerade im ersten Halbjahr 1948 stand es um die Versorgung mit Nahrungsmitteln besonders schlecht.

Auch über die Ausgestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung herrschten zwischen Gewerkschaften einerseits und der amerikanischen Besatzungsmacht andererseits erhebliche Differenzen. Zweimal verweigerte die Besatzungsmacht die Zustimmung zu einem Betriebsrätegesetz, das die Mitbestimmung der Arbeitnehmerseite bedeutet hätte. Der letztendliche Anstoß für eine Protestkundgebung in Stuttgart erfolgte von außen. Während der württembergische Gewerkschaftsbund noch zögerte, berief Hans Stetter, Leiter des Stuttgarter Gewerkschaftskartells, für den 28. Oktober eine Versammlung auf dem Karlsplatz ein; unmittelbar vorausgegangen waren Streiks in Mannheim, wo sich die Versorgungslage besonders kritisch gestaltete. Vor, nach eigenen Schätzungen, 80.000 bis

90.000 Menschen forderte Stetter: «Was wir verlangen, ist eine planmäßig gelenkte Wirtschaft mit staatlich kontrollierten Preisen ..., wir fordern einen radikalen Kurswechsel der derzeitigen Wirtschaftspolitik» (Zit. S. 132). Im Anschluss an die Versammlung wurde eine noch schärfere Resolution verabschiedet; endete die Versammlung friedlich um 15.30 Uhr, so kam es jedoch danach in der unteren Königsstraße zu Ausschreitungen, die am Ende durch Militärpolizei z.T. im Panzerwagen gesprengt wurde.

Müller zeigt im Folgenden die Reaktionen auf die Ausschreitungen. Stuttgarts Oberbürgermeister Arnulf Klett war darum bemüht, diese als Werk von einigen Radaumachern darzustellen, wobei ihm die Stuttgarter Zeitung beipflichtete oder auch der CDU-Landesvorsitzende Josef Andre, der von einigen «Krakeelern und Lausbuben» (S. 137) sprach. Dagegen sah die Wirtschaftszeitung die Verantwortung bei den Gewerkschaften, die zu den Tumulten regelrecht aufgewiegelt hätten, eine Sicht, die vom amerikanischen Oberkommandierenden in Deutschland, General Lucius D. Clay, geteilt wurde. Dieser ließ umgehend Untersuchungen anstellen, Hans Stetter vorladen und im Gespräch mit diesem stand offenbar sogar ein Verbot der Gewerkschaften im Raum. In jedem Fall wurde ein Versammlungsverbot und eine Ausgehsperr für Stuttgart verhängt – womit reichlich überreagiert wurde. Dies war zumindest auch die Ansicht von Teilen der amerikanischen Militärverwaltung, die ihrerseits auf die «verweigerte Mitbestimmung» (S. 139) hinwies und nochmals auf die schwierige Versorgungslage aufmerksam machte. Vor allem aber, so kann Müller zeigen, war der Chef der Militärregierung für Württemberg-Baden, Charles M. LaFollette, mit der Handlungsweise seines Vorgesetzten Clay nicht einverstanden. Hierauf dürfte u.a. der Rückzug LaFollettes aus der Besatzungsverwaltung und aus dem politischen Leben zurückzuführen sein. Schließlich untersucht Müller noch das gerichtliche Vorgehen gegen die Teilnehmer des Tumults. Dabei wurden

teils drastische Strafen verhängt: «Aus Gründen der Abschreckung und wohl, um sozusagen das Vorgehen der Militärpolizei nachträglich zu rechtfertigen» (S. 142). Am Ende steht das Resümee Müllers, dass die Auseinandersetzungen in Stuttgart im Oktober 1948 «Ausfluss einer seit 1946 stetig wachsenden Unzufriedenheit mit der Ernährungs- und Versorgungssituation, sodann mit der wirtschaftspolitischen Entwicklung im Allgemeinen und mit der Betriebsverfassung im Besonderen» (S. 146) waren.

Erst im Gefolge dieser gesellschaftlichen Unruhe wurden dann zumindest teilweise in der Folgezeit die sozialen Komponenten der sozialen Marktwirtschaft (bspw. das Gesetz zur Milderung sozialer Notstände) entwickelt. Die Nachkriegszeit war schließlich durch den Wiederaufbau der Städte geprägt. Dabei, so Alexander Wetzig in seinem Beitrag (S. 149–183), musste eine doppelte Problemstellung gelöst werden. Auf der einen Seite galt es, die elementaren Nöte der Bevölkerung zu lindern und Wohnraum zu schaffen, auf der anderen Seite eine stadtplanerische Konzeption längerfristig zu entwickeln. Allgemein freilich sieht sich die Wiederaufbauplanung der Kritik ausgesetzt, dass durch sie die Städte gleichsam ein zweites Mal zerstört wurden. Wetzig stellt nunmehr die Wiederaufbaupläne in einen größeren historischen Zusammenhang und zeigt, dass der Wiederaufbau von Kommune zu Kommune in ganz unterschiedlicher Form bewerkstelligt wurde. Nachdem es im Gefolge des Bombenkrieges zur Zerstörung der Innenstädte gekommen war, wurde der nunmehr notwendige Neuaufbau von vielen Stadtplanern durchaus als Chance gesehen: «Die mechanische Auflockerung durch Bombenkrieg und Endkampf gibt uns jetzt die Möglichkeit einer großzügigen und organischen Erneuerung», so Hans Scharoun vor dem Berliner Magistrat 1946 (Zit. S. 156). Wetzig weist ausdrücklich darauf hin, dass bei vielen Stadtplanern ein hohes Maß an personeller Kontinuität herrschte. Deren Amtszeiten erstreckten sich häufig von der Weimarer Republik über die NS-Zeit bis tief in

die bundesrepublikanische Zeit. Jedoch war es das Zusammenspiel von Oberbürgermeister, Baubürgermeister, Gemeinderat, Stadtplaner und Bürgerschaft, das letztlich bestimmte, wie sich das neue Stadtbild gestaltete. Dabei, so Wetzig, kam es vielerorts zu Zerstörungen, wobei der Autor zwischen Objektzerstörungen und strukturellen Zerstörungen unterscheidet: Die Wegnahme historisch bedeutender Objekte war in den ersten Nachkriegsjahren teilweise tatsächlich aufgrund Einsturzgefahr notwendig, jedoch wurden vielerorts wie bspw. das Deutschordenshaus in Ulm oder ein mittelalterlicher Wohnturm in Pforzheim in den 1950er- und 1960er-Jahren einfach gesprengt, aus mangelndem Kunstverständnis, und hier bestand keine Einsturzgefahr.

Schwerer als diese Objektzerstörungen wirkten strukturelle Zerstörungen. Über Jahrhunderte war das Bild der europäischen Stadt geprägt durch den öffentlichen Raum einerseits und die privat bebaute Parzelle andererseits. Der öffentliche Raum wurde vielerorts durch die Vielzahl privat bebauter Parzellen strukturiert. Gerade im privaten Bauen spiegeln sich die Individualität, das gesellschaftliche Ansehen und das Selbstverständnis des Bauherrn wider. Diese Art der Bebauung der privaten Parzelle ging nach 1945 verloren. Es war die Stadt, die unter rein funktionalen Aspekten aufgebaut wurde, wobei Rücksichten auf den Automobilverkehr eine ganz besondere Rolle spielten. Typisch hierfür ist eine Reihbauweise, die im Grunde vielerorts mehr oder weniger gleich aussieht, sodass das Gesicht einer Stadt verloren geht. Am stärksten jedoch machen sich «Eingriffe in den jeweiligen Stadtgrundrissen» (S. 272) bemerkbar.

Neben den hier etwas näher vorgestellten Beiträgen enthält der Band noch weitere Aufsätze, so u. a. von Heike Krösche, die sich mit dem Umgang mit NS-Belasteten und NS-Tätern in Baden-Württemberg in den sechziger Jahren anhand zweier Beispiele beschäftigt (S. 101–118), und Ute Dahmen stellt schließlich die Wirtschaftswunderfrau Anne Burda vor (S. 21–60). Dabei wird der Leser mit

einer Frau bekannt gemacht, die stellvertretend für das Wirtschaftswunder steht und sich von keinerlei Rollenklischees vereinnahmen ließ. Auch in diesem Jahr ist aus dem Stuttgarter Symposium heraus wieder ein lesenswerter Band entstanden, der mit den vielen Gesichtern und dem je unterschiedlichen Erleben der Nachkriegszeit vertraut macht *Michael Kitzing*

[Text aus Informationsmittel (IFB): digitales Rezensionorgan für Bibliothek und Wissenschaft, leicht gekürzt]

Matthias Ohm und Nina Willburger

Der römische Münzfund von Köngen.

Likias Verlag Friedberg 2017. 88 Seiten mit 118 Abbildungen. Hardcover € 19,-. ISBN 978-3-9817006-7-1 (zu beziehen beim Geschichts- und Kulturverein Köngen e.V. bei Brigitte Aschenbrenner: Tel: 07024 81098, Mail: aschenbrenner.josef@t-online.de)

Köngen zählt zu den wenigen Orten im deutschen Südwesten, von dem sich dank einer Bauinschrift der römische Name Grinario erhalten hat. Ab ca. 90 n. Chr. bis zur Mitte des 3. Jahrhunderts war dieses nordwestlich über dem Neckarufer errichtete Grinario besiedelt, bis zur Mitte des 2. Jahrhunderts mit einem Kastell. So verwundert es nicht, dass hier über all die Zeiten hinweg römische Münzen gefunden wurden. Geradezu spektakulär war der 1967 bei Aushubarbeiten gemachte Fund von 615 römischen Silbermünzen, von denen 550 den Weg in das Landesmuseum in Stuttgart gefunden haben, wo sie in der Schausammlung «Legendäre Meisterwerke» zu besichtigen sind. Dieser Fund, dessen Münzen überwiegend die Zeit von Kaiser Commodus (161–192) bis zu Kaiser Philippus Arabs (204–249) abdecken, hat aufgrund seiner überregionalen Bedeutung auch Eingang in das Standardwerk von Georges Depeyrot über die wichtigsten Münzfunde der römischen Welt gefunden.

Auf Initiative von Detlev Rothfuß vom Kögener Geschichts- und Kulturverein haben Matthias Ohm, Leiter des Münzkabinetts, und Nina Willbur-